

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Hausu.Gartenztg.
Techn.Zeitung Witzblatt „ILK“



Ercheint täglich zweimal, Sonntags, Festtage und Feiertage einmal.
Abonnementpreis einschließlich zweimonatlicher Zustellung durch die Boten...

Schlösschenweg 4, Rosenberger Str. 7, Fennert 1, Müllerstr. 10, Jander 61,
Königsstr. 6-7, Rosenbühlstr. 45, Rathenower Str. 9, Turnerstr. 10, Potsdamer...

Reichstag und Landtag eröffnet

Ruhiger Verlauf der ersten Sitzungen — Präsidentenwahl im Reichstag am Mittwoch, im Landtag am Donnerstag
Kein Fortschritt in der Regierungsbildung

M.H. Die Eröffnungssitzungen des Reichstags und des
preussischen Landtags, die gestern stattfanden, haben
keine Sensation gebracht. Denn man an die Erregung
und gewaltige Spannung zurück, die über der Eröffnung
des Reichstags im Mai lag, so ruhig demgegenüber die
gestrige Eröffnungssitzung im Reichstag eintrat...

durch die letzten Wahlen zeigt sich darin, daß die Eibe der Sozial-
demokratie jetzt bis in die Mitte des Laufs reicht.
Um 3 1/2 Uhr
eröffnet der Alterspräsident,
der sozialdemokratische Abg. Prof. Götze die Sitzung. Seine ersten
Worte werden von den Kommunisten unterbrochen durch Rufe:
„Auffried!“ Nach wenigen Minuten beschließen diese Rufe
aber und Abg. Bodt kann ungehört feststellen, daß er am 28. April

1846 geboren, also das älteste Mitglied des Hauses sei.
Er vertritt als provisorische Schriftführer die Abg. Schmidt-Meßen
(20.) und Schütz-Brandt (Zeitschrift).
Der Abg. Admann (Romm.) erhebt sein Wort zur Geschäfts-
ordnung. Alterspräsident Bodt verweigert unter Protesten der
Kommunisten und unter dem Verfall der Mehrheit die Weiterleitung
mit der Regierung, er habe lediglich die formale Gefolgsführung
bis zur endgültigen Konstituierung des Bureau's und ferner, bis das
(Fortsetzung 2. Seite.)

Der Wortlaut der Köln-Note

Die Ueberreichung an den Reichstanzler durch die alliierten Vertreter — Ein kurzes Dokument

Wittwoch wird nun die nächste Sitzung sein,
in der die Präsidentenwahl vorgenommen wird. Die Deutsch-
nationalen haben Malraux seligen Andenkens wieder
vorgeschlagen. Es ist wohl möglich, daß auch die Volkspartei
für ihn stimmt. Es ist aber anzunehmen, daß sich die meisten
Fraktionen auf den Standpunkt stellen werden, den die De-
mokratische Partei eingenommen hat, daß die
französische Fraktion Anspruch auf Bestätigung des Präsidenten-
postens hat, und daß damit Loebes das Amt wieder an-
treten kann, das er mit so großer Meisterschaft schon früher
verwaltet hat.

Berlin, 5. Januar. (M. T. S.)
Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens
und Japans und der belgische Gesandte haben heute
mittags 12 1/2 Uhr im Auftrag ihrer Regierungen dem
Reichstanzler die Kollektivnote über die Frage
der Räumung der nördlichen Rheinlandzone
übergeben.
Der englische Botschafter als Rangältester wies,
ohne die Note zu verlesen, auf ihre besondere Bedeu-
tung sowie auf die Tatsache hin, daß sie von den
alliierten Regierungen selbst ausgesagt. In-
gleich hob er hervor, daß in der Note eine weitere
Mitteilung der alliierten Regierungen an-
gekündigt werde, die der deutschen Regierung zugehen
werde, sobald der Bericht der internationalen
Militärkommission erliefert sei.
Der Reichstanzler nahm die Note entgegen und er-
klärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen
werde. Im übrigen beschränkte er sich auf die Bemerkung,
daß allerdings über die Bedeutung der Note kein
Zweifel bestehen könne, und daß er sie dem Reichs-
kabinett vorlegen werde.

Entgegen dem Artikel 163 sowie dem Befehl der Konferenz von
Brüssel vom 10. Juni 1920 hat die Umorganisation der
französischen Polizei noch nicht begonnen.
Entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei
weiterer noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer
Note vom 29. September 1922 geforderten gefeßgebrühen
und Verwaltungsmahnahmen getroffen.
Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem
baldigen Entstehen des Verfalls der internationalen Kon-
trollkommission, der die Gesamtverantwortung der im Gange
befindlichen Generalinspektion wiederlegt. Dieser Bericht
wird es ihnen ermöglichen zu bestimmen, was von Deutsch-
land noch erwartet werden muß, damit seine Ver-
pflichtungen auf militärischem Gebiet gemäß den Bestim-
mungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet
werden können; eine weitere Mitteilung hierüber wird der
deutschen Regierung später zugehen.
(Ges.) G. della Faille
F. de Wagerie D. A. Bernou
Bosdari Gonda.

Die Regierungsbildung im Reich hat gestern
keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Verschiedene Namen
von Persönlichkeiten, die als Ergänzung in das jetztige Ka-
binett hineingezogen werden sollten, sind aufgetaucht, so
der des früheren Ministerialdirektors a. D. Neuhaus und
des deutschnationalen Landtagsabgeordneten v. Kries. Die
„Germania“ stellt fest, daß alle Namensnennungen nichts
weiter als Kombinationen sind. Die Regierungsbildung ist
also weiterhin noch im Stadium der Vorbesprechung. Dabei
spielt vor allem die Verknüpfung der preussischen
Regierungsbildung mit der Kabinettsbildung
im Reich eine Rolle. Der preussische Minister-
präsident Braun und mit ihm die demokratische,
sozialdemokratische und Zentrumsfraction stehen auf
dem Standpunkt, daß kein Anlaß für einen
jetzigen Rücktritt der preussischen Regierung gegeben sei.

Die Note lautet in deutscher Uebersetzung:
Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni
1919 befolgt, daß um die Ausführung des genannten Vertrages
durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete
westlich des Rheins einschließlich der Bridentköpfe wäh-
rend eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren
nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten
und assoziierten Mächte besetzt bleiben.
Gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 wird die in Artikel
428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des
genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich er-
füllt werden, nach und nach bei Ablauf der ersten fünf, dann der
ersten zehn Jahre eingeschränkt werden.
Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der
Lage, der deutschen Regierung, ohne den 10. Januar
1925 abzuwarten, mitzutheilen, daß sie den Beweis da-
für erhalten haben, daß Deutschland die im Artikel 429
vorgesehenen Bedingungen noch nicht erfüllt hat und
bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können,
um der Vergünstigung der Bestimmung 3 über die vor-
zeitige oder teilweise Räumung te aftig werden zu
können.
So sind, wenn man nur den Teil V des Vertrages in Betracht
zieht, die von der internationalen Militärkontroll-
kommission trotz gewisser Widerstände, denen sie be-
gegnet ist, gesammelten Nachrichten über den Stand der
Ausführung der militärischen Bestimmungen hinreichend, um
diese Entscheidung der alliierten Regierungen zu begründen.
Es sind 3. B. nur nur einige wesentliche Punkte unter den schon
jetzt bekannten Umständen hervorzuheben, die folgenden Fest-
stellungen gemacht worden:
In Verletzung des Artikels 160 ist der Große Generals-
stab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt
worden.
In Verletzung des Artikels 174 sind freiwillige auf kurze
Zeit eingestellte und ausgebildet worden.
Entgegen dem Artikel 168 ist die Herstellung der Fabriken
für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht
durchgeführt.

Zu der Note der alliierten Regierungen erläßt M. T. S. an
zukünftiger Stelle, daß sich die Note offenbar die Vor-
würfe zu eigen macht, die insbesondere in der fran-
zösischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der
Generalinspektion und der Frage der Räumung der nör-
dlichen Rheinlandzone erhoben worden sind.
Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe
sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich
begründet, daß es an der Voraussetzung für eine
sachliche Stellungnahme dazu steht.

Seute soll eine Kabinettsitzung stattfinden, in der
sich zeigen wird, ob die beiden völksparteilichen Minister aus
der Regierung auspringen und ob diese auch dann weiterhin
amtiert wird, und es dem Landtag überläßt, ob er in seiner
Mehrheit sich weiterhin hinter das Kabinett Braun stellt. Die
Deutschnationalen sind nach wie vor in erster Linie
bemüht, eine Majorität in Preußen zu ge-
winnen. Wird ihnen das von den anderen Parteien zuge-
billigt, so wollen sie sich zur Selbstbehauptung im Reich bequemen
und das kommende „überparteiliche“ Kabinett Braun unter-
stützen. Den gegenüber hat es bisher durchaus nicht den An-
schein, als ob das Zentrum zu solchem Austauschgehalt
sich besonders viel Neigung hätte. Der Reichstanzler Marx
hat auch gestern wieder betont, daß seine Bemühungen, sich
durchaus in der Richtung eines Kabinetts bewegen, das die
bisherige Politik der Mitte fortführt.

Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Wider-
legung dieser Vorwürfe solange zurückzustellen, bis ihre
die angeforderten näheren Mitteilungen gemacht
sind, und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dies bald
geschieht. Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest,
daß der Stand der Entwaffnungssitzung nach ihrer
Ueberszeugung auf keinen Fall eine so schwer-
wiegende Maßnahme wie die Verlängerung der
Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen
kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester
Zeit ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer
Antwortnote mitteilen.

Die mit Spannung erwartete Note der alliierten Regie-
rungen liegt nun vor und präsentiert sich in ziemlich
dürftiger Gestalt. Die Oberflächlichkeit und Ungenauig-
keit der Begründung, die mit Recht von der Berliner
„zeitunglichen Presse“ hervorgehoben wird, zeigt klar, daß die
angebliebenen Beschuldigungen nur als Vorwand dienen
müssen, um die Verlängerung der Besetzung zu rechtfertigen.
Solange der Abjührbericht der internationalen
Kontrollkommission nicht vorliegt, ist jeder Kommentar zu
den sogenannten „Verletzungen“ unmöglich. Aber das eine
muß schon jetzt gesagt werden: kein geheimes Waffenlager,
keine freiwillige Formation und keine zentralisierte Polizei
konnte Deutschland zu einem auch nur irgendwie gefähr-
lichen Gegner machen, und keine (auch von allen vernünftigen
Deutschen bedauerte) „Verletzung“ kann die alliierten Re-
gierungen von dem Normen verlieren, das nach In-
krafttreten des Dawes-Plans in Europa
sich durch aufkommende Vertrauen durch
einen Fußtritt faß zerstört zu haben.

Die gestrige Reichstagsitzung

Die erste Sitzung des neuen Reichstags wies im Saal und
auf den Tribünen guten Besuch auf. Nur auf den Plätzen der
Kommunisten zeigten sich größere Lücken, weil viele Mitglieder
dieser Fraktion noch durch Inhaftierung oder Strafverurteilung fern
gehalten sind. Die Verlesung des Reichstagsbeschlusses der Parteien